

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.  
Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N<sup>o</sup> 137.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Freitag, den 16. Juni.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

## Tageschau.

Freiberg, 15. Juni

Auch gestern war die Monopoldebatte im Reichstage eine sehr animirte. Nachdem in Kürze der Abgeordnete Ackermann den besonderen Standpunkt seiner sächsischen Parteigenossen gegen das Monopol dargelegt, erhob sich Fürst Bismarck, um zunächst sein Bedauern darüber auszusprechen, daß er der letzten Sitzung beiwohnen verhindert war. Ich konnte, erklärte der Reichskanzler, wegen anderweiter Geschäfte gestern nicht im Hause anwesend sein; ich habe in den bisherigen Ausführungen der Gegner des Monopols keinen Anlaß gefunden, welche meine und der verbündeten Regierungen Meinung über das Monopol zu erschüttern vermochte; hätten. Wenn ich wegen einzelner Aeußerungen des Abg. Richter zu polemischen genöthigt bin, muß ich zunächst die bedauerliche Thatsache konstatiren, daß unsere Ansichten über das auch im parlamentarischen Kampfe nöthige Maß der Rücksicht und Höflichkeit erheblich divergiren. Wenn der Abg. Richter meine Rede eine Wiederholung und eine neue Auflage früherer Reden nennt, so ist doch auch er oft in der Lage, seine Argumente wiederholen zu müssen, und je unwichtiger seine Ausführungen sind, um so häufiger müssen sie wiederholt werden. Wenn sie immer wieder gedruckt stehen, so färben sie doch schließlich ab. Wenn der Abg. Richter über das Fiasco der neuen Wirthschaftspolitik klagt, so überficht er, daß die im Jahre 1879 beschlossene Hölle im Abschluß des Jahres 1881 doch noch unmöglich zu voller Wirksamkeit gekommen sein könnten. Richters Angriff auf den Getreidezoll stelle ich die Berechnung entgegen, eine wie verhältnismäßig geringe Belastung der Getreideeinfuhr der Getreidezoll bildet. Eine gute Ernte oder eine Mißernte in Rußland hat auf unsere Getreidepreise mehr Einfluß, als der gesammte Getreidezoll. Besser als durch Aufhebung des Getreidezolles wird man den Interessen der deutschen Landwirtschaft durch Beseitigung der Lasten dienen, welche als direkte Abgaben die deutsche Landwirtschaft niederdrücken. In direktem Gegensatz dazu steht Richters Bestrebung, die Lasten der deutschen Getreideproduktion wo möglich zu erhöhen und diejenigen der ausländischen noch herabzumindern. Abg. Richter rühmt die Klassensteuergesetzgebung. Ja, wie bürokratisch diese ist, wie wenig sie im Lande Beschaid weiß, erhellt aus der einen Thatsache, daß sie das Einkommen bis 140 Thaler freilassen will, als ob überhaupt eine Familie in ganz Deutschland, Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung zusammengerechnet, mit weniger als 150 Thalern jährlich existiren könnte. Das ist eine großartige Verkennung der Thatsachen. Die Ausführungen Richters über die Landwirtschaft haben in mir den Wunsch entfallen lassen, damit seine wirklich hervorragende Begabung dem Lande zu Nutzen komme, er möchte, wenn er doch sich dazu entschließen könnte, einmal ein Jahr lang als Lehrling oder Gutsbesitzer auf's Land gehen. (Heiterkeit.) Abg. Richter macht auch die neue Wirthschaftspolitik für die Stärke der Auswanderung verantwortlich. Man könnte mit viel mehr Recht umgekehrt dafür den Freihandel verantwortlich machen, der die Industrie, die Landwirtschaft geschädigt und die Arbeitsgelegenheit vermindert hat. Neben den drückenden direkten Steuern hat dieses Moment ohne Zweifel sehr erheblich mitgewirkt. Abgeordneter Richter sagt, ich hätte auf Grund der Gesetzgebung des Jahres 1879 eine Versprechung gemacht, die ich nicht erfüllt hätte und nicht erfüllen könnte; nein, ich habe nur Bitten ausgesprochen, habe gesagt: Macht euren Einfluß bei den Wahlen und durch Petitionen geltend, daß Dies und Jenes geschieht, damit die ungerechte Belastung aufhören kann. Wenn aber der Reichstag die Anträge und Petitionen ablehnt, so daß die Mittel zu Reformen nicht vorhanden sind, so darf Niemand mir den Vorwurf machen. Nicht habe ich den Kommunen Versprechungen gemacht, sondern ich bin für dieselben Bittsteller beim Reichstage gewesen. Ich halte die Gebäudesteuer für ebenso ungerecht, wie die Grundsteuer. Wenn ich das hier ausspreche und sage: Helfen Sie die Grund- und Gebäudesteuer abschaffen, so liegt darin kein Versprechen. Gerade Berlin sollte mir meine Fürsorge für die Kommunen danken, denn ohne mein energisches Eintreten als preussischer Handelsminister für Errichtung von Schlachthäusern in Berlin würde diese erste Etappe auf den Wegen zur Wiedereinführung der Schlachtsteuer zum Wohle der bedrängten Kommunen gar nicht geschaffen

worden sein. Es wird uns immer Sparsamkeit empfohlen, namentlich beim Militäretat. Glauben denn die Herren, daß es den Regierenden Freude macht, so große Heere zu haben; wir sind dazu durch die zentrale Lage genöthigt. Dies ist nicht nur meine Meinung, sondern die Meinung der deutschen Nation. Die Herren, die hier gegen mich reden, sehen die Sache theoretisch an, ich aber behandle sie praktisch und muß sie anders beurtheilen. Redner widerlegt die Ausführungen des Abg. Richter bezüglich der Eisenbahnpolitik. Man habe dabei nur dem Staat wiedergegeben, was ihm gehört. Redner hofft, daß die ganze Politik einmal wieder verstaatlicht wird. Er bezeichnet den Einwand, daß das Verwendungsgegesetz nicht berathen werden könnte, weil man dasselbe zu spät vorgelegt habe, als unhaltbar. Ich bestreite, fährt der Redner fort, die Behauptung, daß ich nicht mit dem Parlament regieren könnte. Ist es denn in England leichter, kommt denn mein verehrter Kollege Gladstone leichter mit dem Parlament vorwärts, wie ich? So lange in England nur zwei Parteien waren, war die Sache leichter; jetzt ist sie auch schwieriger. Jede Partei, nicht nur hier, sondern überall, wird immer die Eine oder die Andere überbieten und deshalb ist bei uns eine Parteiregierung unmöglich. Wo haben Sie einen Minister, der 20 Jahre lang am Ruder geblieben ist, wie ich? So ganz untraintabel kann ich also doch nicht sein! Mit der Majorität des Abg. Richter würde ich nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren. Warum benutzen Sie Ihre Initiative nicht? Das Verwendungsgegesetz haben Sie verworfen, und was haben Sie an dessen Stelle gesetzt? Können Sie eine Verantwortlichkeit dafür übernehmen, daß die jetzigen Zustände so vortreflich sind, daß sie keiner Reform bedürfen! Ich verlange von dem Landtage die Antwort Ja oder Nein, wie sie der König fordern kann, aber ich will nicht, daß man sagt: Die Antwort ist uns unbecquem. So lange dies geschieht, muß der Landtag aufgelöst werden. Man hat uns lange genug die Armeorganisation verweigert und ohne diese hätten wir nie den nationalen Gedanken verwirklichen können. Sie suchten die Armee zu zertrümmern und zu untergraben mit Ihrer zweijährigen Dienstzeit. Als ich zuerst auftrat, mußte ich hören, ich sei ein preussischer Offizier in Zivil, ich akzeptire das noch heute und darf mit Genugthuung auf das zurücksehen. Was ich als solcher gethan habe, halte ich Alles aufrecht, ebenso was ich bezüglich der Fraktionen und der Fraktionspolitik gesagt habe. Den Zweck der Fraktionen bekämpfe ich nicht, sondern nur die Formen, worin man sich überbieten will. Man muß nur nicht die Fraktionen als den Ausdruck des Volkswillens hinstellen. Welches Recht haben denn die Herren Richter und Bamberger, im Namen der deutschen Nation zu sprechen, und zwar mehr, wie ich? (Beifall rechts.) Ich denke, ich habe dasselbe oder ein weit größeres Recht dazu (Beifall rechts,) der ich im Namen des Kaisers und der deutschen Regierungen hier stehe, wenn ich auch nicht die Majorität der Wähler Bambergers hinter mir habe. (Beifall rechts.) Seien Sie überzeugt, fährt Fürst Bismarck fort, daß, wenn ich wählen könnte zwischen den Regierungen, zwischen der Parlamentsmajorität und meinem Vaterlande, meine Wahl nicht zweifelhaft sein würde. Aber ich frage auch, wer hat denn sein ganzes Sein, wie ich, eingesetzt, um die Zustimmung des Königs von Preußen für die nationale Politik zu gewinnen? Es hätte außer mir Niemand riskirt, sich in die Unmöglichkeit zu versetzen, nach Hause zu kommen, wenn der Krieg fehlschlug, und doch hing es nicht von mir ab, ob er fehlschlug. Wenn der Abg. Richter also mir gegenüber das Verdienst für die Herstellung des deutschen Reiches und nationaler Gesinnung als Rival beansprucht, so muß ich ihm einfach sagen: Da kommen Sie nicht mit mir mit. (Beifall rechts, Zwischen links.)

Abg. Bamberger: Der Reichskanzler hat kein Recht, sich darüber zu beklagen, daß man sich von der Sache entfernt. Fürst Bismarck habe weder vorgestern noch heute von der Sache gesprochen. Er (Redner) könne nicht einmal von sich sagen, daß er sich allzu weit von dem vorliegenden Gegenstande entfernt habe. Er halte nun einmal das gegenwärtige Wirthschaftssystem des Reichskanzlers für falsch und für Deutschland schädlich und zwar in dem Maße, daß er, falls er die Wahl hätte, dem Monopol an sich als dem kleineren Uebel den Vorzug geben würde. Ich kämpfe gegen dieses System, weil ich in demselben nichts weiter als eine schablonenhafte Nachahmung des Auslandes erblicke. Der Kanzler habe gar kein Recht,

ihm vorzuwerfen, daß er französische Ideen in sich aufgenommen. Die Schutzzollpolitik sei von Frankreich importirt; für die französische Volkswirtschaft habe sich allein der Reichskanzler begeistert und das Monopol selbst sei eine französische Institution. Wo also habe Fürst Bismarck die Beweise, daß er (Redner) sich in französischem Ideenkreise bewege, während der Kanzler die teutonischen Ideen vertritt? Das deutsche Tabakmonopol sei ebenso eine Chimäre, wie die gemischten Gedanken, die man mir unterschiebt. Er könne verlangen, daß man seine Gesinnungen nicht herabzieht im Gegensatz zu seinem ganzen Leben. Er habe auch im Auslande niemals vergessen, daß er deutscher Patriot ist. Er sei unter seinen politischen Freunden der erste gewesen, der für die Politik des Reichskanzlers im Jahre 1866 eingetreten ist, er habe sich damit dem Spott und Hohn aller seiner früheren Gesinnungsgenossen ausgesetzt. Was würde Fürst Bismarck sagen, wenn ich sein Leben ebenso interpretiren würde. Ich habe ein vorwurfsfreies und bekanntes Leben hinter mir und er hat kein Recht, mit Bezug auf mich einen verächtlichen Ausdruck anzuwenden. Ich habe allerdings kein Recht, in dem Tone des Herrn Reichskanzlers zu sprechen, aber ich glaube die Ansichten der Nation zu kennen, während der Kanzler sich mit einer Krone umgeben, die es nicht mehr wagt, ihm etwas Unangenehmes zu sagen. Der Kanzler kennt aber die Meinungen des Volkes nicht mehr.

Fürst Bismarck: Er stehe hier nicht als Vertreter in seiner eigenen Sache, sondern im Namen der verbündeten Regierungen. Er habe ein Recht, eine wesentlich sachliche Diskussion zu fördern, und doch fange jede Ausführung der Opposition damit an: der Herr Reichskanzler hat das oder das gesagt, man greift fortwährend seine Person und seine Tendenz an, seine Person werde künstlich in die Debatte hineingezogen, weit über das nothwendige Maß hinaus. Es handle sich doch um Vorlagen der verbündeten Regierungen, nicht darum, wer Minister ist. Es sei ganz erstaunlich, wie oft sein Name in der Debatte vorkomme. Herr Bamberger hält mein System für schädlich; er wird mir erlauben, sein System für von Grund aus falsch zu halten. Sollte ich mich etwa deshalb auf den Standpunkt des Abgeordneten Bamberger stellen, weil Frankreich das Monopol hat? Vergessen wir doch nicht, daß Frankreich trotz seiner ungeheuren Verpflichtungen noch immer eine reiche Nation ist. Wenn Herr Bamberger behauptet, ich hätte ihn persönlich zu verächtlichen gesucht, so irrt er, ich habe auch nicht mit einem Worte ihn in der persönlichen Achtung herabzusetzen gesucht. Sie sprechen immer von der Majorität, zeigen Sie sie mir, und ich werde die Geschäfte in ihre Hände legen; aber ich sehe keine, als verschiedene Parteien. Herr Bamberger hat auf eine Aeußerung des früheren Abg. von Blankenburg Bezug genommen. Ich bin kein Bommer, ich bin ein Altmärker, aber ich theile die Ansicht nicht, daß man doppelt grob werden müsse, wenn man grob behandelt wird. Auch erkenne ich an, daß Herr Bamberger den gesellschaftlichen Ton eines gebildeten Mannes als gewandter Dialektiker niemals außer Augen läßt, aber im Uebrigen vermisse ich ein gewisses Wohlwollen gegen mich. Unverständlich ist es, wenn in dem Momente, wo ich die Minorität auffordere, etwas für die Masse der Bevölkerung zu thun, mich als Gegner der Volksmasse darstellen zu wollen. Wenn Sie die Resolution Binsens mit noch so großer Majorität annehmen, so werden Sie uns doch nicht von dem abbringen, was wir als recht und nothwendig halten. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: (Der Reichskanzler erhebt sich und verläßt den Sitzungsaal. Große Heiterkeit!) Das irritirt mich nicht, um so weniger, als ich wahrgenommen, daß der Reichskanzler am Frühstückstisch meine Rede um so aufmerksamer zu lesen pflegt. Der Herr Reichskanzler hat gegen mich, den einfachen Abgeordneten, seine persönliche Autorität und sein persönliches Interesse ins Feld geführt. Der Herr Reichskanzler stellt mich also als Rivalen hin. Ich erkenne vollkommen die Verdienste des Fürsten Bismarck an, und bin weit entfernt davon, meine Person mit ihm vergleichen zu wollen. Der Hinweis auf seine Verdienste war gar nicht nöthig, aber wenn sein Verdienst noch größer wäre, so würde daraus noch nicht folgen, daß das Monopol im Reiche eingeführt werden muß. Wenn die Ansichten des Reichskanzlers die allein richtigen sein sollen, wozu ist denn überhaupt noch ein Parlament nöthig. Wir machen aber die Erfahrung, daß je weniger die Sache selbst für sich spricht, der Kanzler